

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:

Vierteljahr 3,00 M. mit Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Vorsatzzeile 30 Pfg.
Die Reklamezeile 100 Pfg.

Zentralen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Elisenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr 6

Druck und Verlag:
Buchdr. Geinr. Müller, Nassau (Salm).

Dienstag, 13. Januar 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Salm)

43. Jahrg.

Ein Weg zum Abbau.

Von Prof. Dr. Ido Dammert (Berlin-Dahlem).

Die Hauptaufgabe Deutschlands ist, neue Werte schaffen, produzieren. Man sagt jetzt, und einer betet es gedanklos dem andern nach, unser ganzes Leben sei auf die Kohle eingestellt. Das ist ein folgenschwerer Irrtum. Die Kohle ist etwas Fertiges. Neue Produkte liefern uns zunächst nur die Land- und Forstwirtschaft, der Gartenbau, die Fischwirtschaft. Diese Produktionszweige müssen in allererster Linie gefördert werden. Kann die Landwirtschaft billige Produkte liefern, Lebensmittel im weitesten Sinne des Wortes: Speise, Trank, Faserstoffe, Leder, dann sinken ganz von selbst die Löhne, die anderen Produkte zweiter Ordnung werden auch billiger. Deshalb hat die Allgemeinheit, der Staat, das größte Interesse daran, daß die Landwirtschaft billig arbeiten kann.

Viel wäre schon gewonnen, wenn sich der Staat entschloß, statt Milliarden für Lebensmittel ins Ausland zu werfen, dem Landwirt billigen Kunstdünger zu liefern, indem er die Preisdifferenz zwischen Friedrichshafen und jetzigem Preis trägt und den Landwirt verpflichtet, die Lebensmittel um diese Differenz billiger zu liefern. Ich habe ein Gut von 1130 Morgen. Ich habe festgestellt, daß ich, um ordentlich zu düngen, allein ca. 200 000 Mark für Kunstdünger ausgeben müßte. Im Frieden würde ich ca. 30 000 Mark für dieselbe Menge ausgeben haben. Ich könnte also meine Produkte um 170 000 Mark billiger liefern als jetzt, wenn mir der Staat den Dünger um soviel billiger lieferte. Würde nun zunächst nur der Bedarf der Vergarbeiter an Lebensmitteln festgestellt, so würde eine verhältnismäßig geringe Summe genügen, um die Düngepreisdifferenz zu decken. Dann könnten die Vergarbeiter wesentlich billiger Lebensmittel erhalten, ihre Löhne könnten um ebensoviel gesenkt werden, die Reichen könnten die Kohlen um diese Differenz billiger liefern, zunächst an die Düngersfabriken. Dadurch würden weitere Kräfte der Landwirtschaft billigere Düngemittel bekommen, es könnten davon die Tierhalter durch Befruchtung mit billigeren Lebensmitteln Nutzen ziehen und so würde allmählich eine Gesundung eintreten. Bedingung wäre aber dabei noch absolute Streikverbot der Landarbeiter und Abschaffung des Achtstundentages in der Landwirtschaft. Streiks und Arbeitsverkürzung in der Landwirtschaft sind die Ursache der jetzigen schlechten Lebensmittellieferung der Städte. Sie ist im wesentlichen hierauf zurückzuführen. Der Verlust, der durch Streik der Landarbeiter entsteht, ist nie wieder einzuholen. Die Jahreszeit schreitet fort. Die Pflanzen wachsen weiter. Deshalb ist der Landarbeiter ein Verbrecher am Volke.

Ebenso ist der Achtstundentag in der Landwirtschaft nicht durchführbar. Im Winter kann der Landmann nicht bei Nacht arbeiten, im Sommer müssen die Arbeiter in bestimmter Zeit fertiggestellt sein. Der Achtstundentag in der Landwirtschaft würde bedingen, daß im Sommer viel mehr Leute zu beschäftigen sind als im Winter. Die Produkte würden dadurch ungehörig verteuert und im Winter würden wir sehr viele Arbeitslose haben, denn der Landwirt ist nicht in der Lage, so viele Arbeiter während der Wintermonate zu beschäftigen. Die Konsumierung wird also sein, daß der Landwirt seine Wirtschaft auf eine andere Basis stellt, er wird nur soviel Getreide und Hackfrüchte anbauen, wie er mit den Leuten bewältigen kann (bei achtstündiger Arbeitszeit), die er auch während der Wintermonate beschäftigen kann. Ein übriges Land wird er in Wiesen und Weiden umlegen oder ausrotten. Wir würden also viel weniger Lebensmittel produzieren. Wollen wir also nicht dazu übergehen, einen großen Teil unserer Arbeiter zu Saisonarbeitern zu machen (was im Interesse einer geordneten Volkswirtschaft unbedingt zu vermeiden ist), müssen wir in der Landwirtschaft den Achtstundentag unbedingt abschaffen, denn — wie ich eben ausführte — es muß unsere Aufgabe sein, nicht weniger, sondern mehr neue Produkte zu schaffen. Das ist möglich einzig und allein durch eine stärkere Intensivierung der Landwirtschaft, vor allen Dingen durch eine viel stärkere Düngung mit Stickstoffdüngemitteln.

Dank der Erfindung von Haber sind wir in der Lage, uns in der Beschaffung von stickstoffhaltigen Düngemitteln vom Auslande unabhängig zu machen und viel mehr von diesen Düngemitteln zu produzieren, als wir vor dem Kriege einfuhrten. Gerade diese Düngemittel sind es eben, die die Produktion heben. Auch die nötigen Kalisalze haben wir in überreicher Menge. Nur die phosphorsäurehaltigen Düngemittel, die zur Fruchtbildung unbedingt nötig sind, haben wir nicht in genügender Menge. Sie müssen wir gegen Stickstoffdünger eintauschen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn wir stärker als bisher mit Kunstdünger düngen, wir unseren ganzen Nahrungsbedarf decken könnten, namentlich dann, wenn die richtigen Sorten angebaut werden. Und dazu ist notwendig, daß wir die Kunstdünger zu remablen Preisen erhalten oder die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte entsprechend erhöht werden. Die jetzige Wirtschaft kann so nicht weitergehen. Sie führt entweder zum Zusammenbruch der Landwirtschaft oder zu einem Zusammenbruch der Volksernährung, indem dann die Landwirte nur soviel anbauen, als sie zur elaren Wirtschaft brauchen, und ihr übriges Land in

Wiesen und Wald umwandeln. Die Anzeichen mehren sich, daß dies nahe bevorsteht.

Das neue Steuerbukett.

Der Segen Er. Majestät. Kaisers ist für das deutsche Volk zum neuen Jahre wieder in Gestalt eines neuen Steuertrauges niedergegangen, der sehr interessante und zum Teil recht originelle Steuergrundzüge enthält. Es handelt sich zunächst um die neue Körperschaftsteuer, von der schon die Rede war. Es sollen sämtliche juristische Personen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts zu Abgaben herangezogen werden, vor allen Dingen soll die „tote Hand“ getroffen werden. Es sind dies viele und oft ungeheuer reiche Stiftungen und Organisationen, die seither nicht einkommensteuerpflichtig waren, weil ihr Einkommen nicht ohne weiteres natürlichen Personen zugute kam. Das wird jetzt anders. Alle diese Stiftungen und Vereine, Verbände usw. werden künftig herangezogen, und zwar mit einem Steuersatz von 10 Prozent, der sich bei Aktiengesellschaften etc. bis zu 30 Prozent des Einkommens steigert.

Das interessanteste der neuen Gesetze ist aber das sogenannte Ergänzungsteuergesetz, das als eine Erweiterung des Einkommensteuergesetzes aufzufassen ist. Während vom Einkommensteuergesetz das Einkommen als Gesamtheit erfasst wird, will das Ergänzungsteuergesetz die Leute mit hohem Einkommen noch ganz speziell treffen. Es sieht mit seinen ausgeklügelten Paragraphen genau so aus, als ob es jener Mann in dem Bildenbüchchen studiert hätte, der den schönen Ausspruch tat: „Ich kann die Leute nicht leiden, die der billige Feld hat“. Besonders verheuert wird nach dem neuen Gesetz: 1. das nicht verbrauchte Einkommen. Es gibt also keine Rettung mehr. Sparst Du, wirst Du bestraft. — verschwendest Du, wirst Du auch bestraft. 2. Besteuerung des nicht verbrauchten Einkommens ist verhältnismäßig einfach. Es handelt sich dabei um etwas ähnliches, wie die Vermögensabgabe; denn es wird in jedem Jahr der an Vermögen mehr aufgewommene Betrag einer Abgabe unterworfen. Natürlich gibt es dabei, wie bei dem Körperschaftsgezet, viele Paragraphen, die Ausnahmen und besondere Fälle regeln. Daraus ergibt sich eine außerordentlich komplizierte, nicht zur Popularität und Wirksamkeit des Gesetzes beitragende Paragrafenfammlung. Es wird in Zukunft, wenn alle diese Entwürfe Gesetz werden, für einen mittelmäßig begabten Ständebürger sehr schwer werden, sich in dem Gestrüpp der Ausnahmsbestimmungen aller Steuer Gesetze zurechtzufinden.

Für die Besteuerung des übermäßigen Verbrauches hat der Reichsfinanzminister den kniffligen Begriff eines Normalverbrauches. Was darüber ist, das ist vom Uebel. Das heißt: eigentlich nicht vom Uebel, sondern vom Gegenteil, denn es kann und darf und wird versteuert werden, und zwar mit Steuerfüßen von 3 Prozent für die ersten 10 000 Mark, bis zu 30 Prozent für die fünften hunderttausend Mark. Auch bei diesem Gesetz gibt es eine große Zahl von besonderen Vorschriften, Ausnahmeparagraphen und Bestimmungen, die Abjüge zulassen. 3. erstmalige Veranlagung nach diesem Gesetz erfolgt für das Jahr 1921 aufgrund des Jahreseinkommens im Jahre 1920. Das bisherige Besteuerungsrecht tritt dann außer Kraft.

Wie man sieht, treten jetzt die Folgen unserer Verarmung und des Versäufers Friedensschlusses allmählich kräftig in die Erscheinung. Man darf dabei aber an das Wort erinnern, das einst der Amsterdamer Bürgermeister einer demonstrierenden Menge vom Balkon des Rathauses aus zurief: „Seid ganz ruhig, es kommt noch viel schlimmer!“

Vom früheren Kaiser.

Nach dem Leben des früheren deutschen Kaisers macht der hager Korrespondent des „Berl. Tageblatts“ bemerkenswerte Angaben, die mit vielen Anekdoten mancher Leute, die in Amerongen empfangen wurden, aufraumen. Der Korrespondent führt aus: „Es ist einfach nicht wahr, daß man in Amerongen noch von Hofnarrungen, oder auch nur von Optimismus beflügelt wäre. Der Kaiser selbst ist sehr gealtert und in seiner Lebenskraft getrübt. Das Ritteln in Arm und Bein rechts, früher ganz leicht vorhanden, hat sich so verstärkt, daß es schon beim ersten Blick auffällt und die ganze Erscheinung beherrscht. Der Kaiser ist korpuslent geworden, trotzdem er jetzt wenig isst. Seine Haltung ist immer noch soldatisch, aber er ist flinker geworden. Es ist auffallend, daß er sehr langsam spricht, ganz im Gegensatz zu früheren Zeiten. Er wird nur lebendig, wenn alte Erinnerungen anfliegen. Es wird darüber gesagt, daß oft mitten in der Unterhaltung das Gesicht alle Spannung verliert, der Blick in unbestimmten Räumen irrt. In solchen Augenblicken läßt der Kaiser nur Köpfe ein. Die Welt, in welcher er am wenigsten lebt, ist die Gegenwart. Niemand, der den Kaiser in Amerongen gesehen hat und zuverlässiger Eindrucke fähig ist, hat daran gezweifelt, daß dieser Mann, der geistig auseinandergerissen ist und körperlich davon die Zeichen trägt, keine tätige Rolle in irgend einer Form mehr spielen wird. Wenn er sich wohler fühlt, genießt

er gewöhnlich für Augenblicke und Stunden allerlei Anregungen. Er läßt sich vortragen, diskutiert auch und zeigt sich dann bescheidend auf mancherlei Gebieten. Aber durch die Vermählungen des Kaisers, der Stolz des Zusammenbruchs, die Sorge vor einer drohenden Zukunft, welche ihn ununterbrochen anst, sind die tieferen Antriebe seines Willens gelähmt.“

Der Korrespondent weist dann darauf hin, daß der Anlauf des Kaisers Doorn durch den Kaiser dattue, daß er in Holland zu bleiben gedente. „Der Kaiser äußert nicht mehr den Wunsch, seine alten Tage in Deutschland zu beschließen. Das ist aus. Er hält Deutschland für verloren. Mehr als je glaubt er, daß er von seinen Ratgebern und von der ganzen Nation belogen, hintergangen und verlassen worden sei. Er versäumt keine Gelegenheit, das im einzelnen zu beweisen, und zugleich verfolgt ihn ein ungemeinliches Mißtrauen. Der Kronprinz wird sich, wenn schon der Kreis des Kaisers sich später um einige Mitglieder der Kamille vermehren wird, nicht dauernd beim Kaiser aufhalten, trotzdem er nur äußerst knappe Mittel hat. Aber von vierzig Personen in der Umgebung des Kaisers gehört zur Zeit auch Herr Dr. Kriege, der frühere Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt und dessen Rechtsbeistand. Die Briefe des Kaisers und seiner ganzen Umgebung passieren die Zensur. Man muß sich darüber klar sein: der Kaiser ist in Wahrheit in Amerongen interniert.“

Der neue Rasputin.

Wie die finnische Presse meldet, sind die Spalten der bolschewistischen Zeitungen voll von Berichten über das geheimnisvolle Leben und Treiben eines Chinesen oder mongolischen Wurzigen namens Ipat Jen, der ganz allgemein als der wieder erscheinende Rasputin des Roten Russlands geschildert wird und eine ungeheure Macht ausüben soll. Besonders Lenin soll vollständig seinem Einfluß unterliegen. Ipat Jen war ursprünglich Barbiergehilfe in Wladowostok und hätte betnahe während des russisch-japanischen Krieges als Spion am Galgen gehängt. Er, der noch vor ein paar Monaten in einem Arbeiterviertel in der Nähe des Kreml wohnte, besitzt heute in Moskau einen fürstlichen Palast, in welchem er verschwenderischen Luxus entfaltet, der sogar soweit gehen soll, daß er Sonntags mit seinen 4 christlichen Frauen in goldenen Karossen paradiert und spazieren fährt. Die orthodoxen Kommunisten greifen Ipat und seine Methoden auf das denkbar schärfste an und beschuldigen ihn u. a., in sechs Monaten dreieinhalb Milliarden Rubel für sich auf die Seite gebracht zu haben. Wie das bolschewistische Organ „Rabotshi Golos“ zu berichten weiß, ist es hauptsächlich Ipat's Fähigkeit, sich mit allen Parteien und Gruppen auf guten Fuß zu stellen, die ihm den Weg zur Macht geebnet hat. Er steht in den intimsten Beziehungen zu Lenin, der seinen wichtigsten Schritt unternimmt, ohne den Chinesen vorher gefragt zu haben, der ihn zuweilen mit „Mein Himmlischer“ tituliert. Der kommunistische Führer Jakowlew erklärte erst kürzlich: „Wir haben einen neuen Rasputin, der unseren neuen „Zaren“ hypnotisiert.“

Bernard Shaw's Charakter. Von Bernard Shaw, dem bekannten Lustspieldichter, erzählt man sich gegenwärtig in London eine hübsche kleine Geschichte. Der Schriftsteller war zu einer großen Gesellschaft geladen. Dabei machte sich eine junge Dame, was ja öfter vorkommen soll, anständig, aus der Handchrift eines Menschen Charakter und Neigungen deuten zu wollen. Es erhob sich alsbald ein Streit darüber und darüber, die einen erklärten es für selbstverständlich, daß sich in eines Menschen Handschrift sein Charakter ausdrücke, während die andern meinten, es sei die Handschrift lediglich ein Abbild des ersten Schullehrers, den der Schreiber gehabt habe, und meinten, Handschriftentungen seien alter Aberglaube. Der Dichter Shaw wog lange und schließlich beschloß er, die junge Dame ins Vorhorn zu jagen, indem er behauptete, es gäbe eine Schrift, die kein Mensch der Welt deuten könne. Die Dame bestritt das, und zum Ergötzen der Zuhörer gab Shaw auch sogleich die Lösung des Rätsels: Die Schrift, die jemand auf der — Schreibmaschine schreibt! — Alles lachte; aber die Dame erklärte auf das Bestimmteste, sie könne auch aus der persönlichen „Handschrift“ des Schreibmaschinenschreibers dessen Charakter deuten, Herr Shaw möge einen Versuch machen. Zufällig besaß der Herr des Hauses eine Schreibmaschine, und der Dichter, der sich noch nie dieser Erfindung der Neuzeit bedient hatte, mußte sich nun zum Entzücken aller Anwesenden vor den Klappenklaffen setzen und etwas zu schreiben versuchen. Wie alle Leute, die zum ersten Male vor einer Schreibmaschine sitzen, schrieb auch er seinen Namen, aber da er mit dem Dinge nicht recht umzugehen wußte, schrieb er den Namen etwas seltsam, den Vornamen mit lauter großen, den Nachnamen mit lauter kleinen Buchstaben, so daß die Sache zum Schluß so aussah: BERNARD Ishaw. Dann richtete er das Blatt der jungen Dame. Diese ließ sich nicht betören und versetzte mit einem Lächeln des Triumphes: „Nun, Ihr Charakter liegt hier offen zu Tage. Sie schreiben Ihren Namen klein, weil Sie denken, Shaw's gäbe es eine ganze Menge; aber Bernard schreiben Sie groß, weil es nur einen großen Bernard gibt. Und da haben Sie recht!“ — Der Dichter mußte sich als der Geschlagene bekennen. Die Dame hatte die Lächer auf ihrer Seite.

Rönnen wir Oesterreich helfen?

Hier und da hört man Stimmen, daß uns nichts abhalten dürfe, unsere Brüder in Oesterreich in ihrer Not zu unterstützen. Von den Behörden sollen jetzt aber bei der Ausfuhr von Lebensmitteln nach Oesterreich bereits Schwierigkeiten gemacht werden. Es ist ein alter deutscher Zug, Kostlichkeiten zu helfen. Wofür haben wir in Deutschland nicht schon alles gesammelt? Nicht nur im Kriege, schon immer, wenn es irgendwo eine Not zu lindern gab, stand die deutsche Opferwilligkeit an der Spitze. Ungeachtet dessen, ob es nicht genug Not im Inlande zu lindern gab, wurde gegeben, um den in Not geratenen Ausländern zu helfen. Hier sei nur Messina und Kalesund genannt. Wieder scheint das allzuführende deutsche Herz zu weit gehen zu wollen und es ist nicht mehr als billig, wenn da einmal der Verstand das Gefühl mahnt. Würden wir die Lebensmittel auf irgend eine Art oder von irgendeiner Seite wieder bekommen können, die wir an Oesterreich abgeben, dann könnte man das Gefühl schälen und walten lassen, könnten wir von Ueberfluß in Bezug auf Lebensmittel reden, dann müßte der Verstand schweigen, aber auch wenn wir von einer auskömmlichen Nation unseren Brüdern mitteilen könnten, dann dürfte der Wohlthätigkeit freier Lauf gelassen werden.

Aber wie ist die Wirklichkeit? Wir haben augenblicklich Brot, ja, sogar soviel Brot, daß wir mit anderen teilen könnten. Es fragt sich aber, haben wir genug Brot, um bis zur nächsten Ernte auskommen zu können? Die meisten Sachverständigen auf diesem Gebiet bezweifeln, daß wir mit unseren Getreidevorräten länger als bis Mai auskommen. Schwarzseher behaupten sogar, daß wir in dieselbe Lage kommen wie Oesterreich. Mag dem sein, wie ihm will, sicher ist das, daß wir nicht mehr lange in der früheren Weise weiter leben dürfen, wenn wir auch dieses Jahr ohne Hunger überleben wollen. Die Nationen werden noch kleiner werden und die größte Sparfahne im Verbrauch von Lebensmitteln sollte schon heute selbstverständliche Pflicht sein. Wollen wir nun von unseren knappen Lebensmitteln hinausgeben, dann dürfte sich später der Hunger sehr fühlbar machen. So gerne wir den darbenenden Brüdern helfen möchten, müssen wir uns doch in der Wohltätigkeit auf diesem Gebiete einschränken. Weder politische noch ethische, weder Gefühls- noch verwandtschaftliche Momente dürfen uns verleiten, von den für uns unbedingt notwendigen Lebensmitteln abzugeben, da wir dieselben noch zur Erhaltung für uns und unsere Kinder notwendig brauchen werden.

Wenn von verantwortlicher Stelle Maßnahmen getroffen werden gegen eine Verminderung unserer Lebensmittel, dann darf das den betreffenden Stellen nicht als ein Mangel an Mitleid ausgelegt werden. Aber es scheint, daß sich die verantwortlichen Stellen, um sich diesen Vorwurf zu ersparen, bis jetzt nicht getraut haben, der Wohltätigkeit für Oesterreich Schranken zu setzen. Eine Gefahr verliert dadurch nicht, daß man sie verschweigt. Wäre es nicht besser, die verantwortlichen Stellen würden sagen: so steht es mit unseren Ernährungsaussichten, wir können, auch wenn wir wollen, unmöglich weitere Hilfe leisten. Es würde ihr dann der Vorwurf erspart, daß wir aus politischen Gründen nicht weiter helfen wollten.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

* Von unabhängiger Seite werden gegen das Reichspostministerium verfaßt oder offen heftige Angriffe erhoben, weil erst jetzt die während des Krieges von der Heeresverwaltung zensurierten und zurückgehaltenen Briefe den Adressaten zugehellt werden. Es ist dazu zu bemerken, daß die Post in dem Augenblick, in dem die Heeresverwaltung ihre Hand auf die Sendungen legte und sie der Post zur Verwahrung übergab, nur als Treuhänderin fungierte, aber kein Verfügungsgewalt mehr über die angehaltenen Sendungen hatte, sondern die weiteren Verfügungen der bevollmächtigten Militärstelle abzuwarten hatte. Dieser zuständige Bevollmächtigte nach der Revolution war aber der Unabhängige Karl Rautsky, der trotz seiner Stellung als Delegierter der Volksbeauftragten die Zeit doch noch nicht für gekommen zu halten schien, die Briefe frei zu geben.

* In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats wies Minister noch vor Eintritt in die Tagesordnung darauf hin, daß es dringend wünschenswert sei, den Entwurf über den Reichswirtschaftsrat, der dem Reichsrat bereits vorliegt, möglichst früh zu verabschieden. Die Arbeitsgeber drängten darauf, damit endlich für die Wirtschaftstragen eine geeignete Körperschaft vorhanden sei. Darum bitte er, daß der Entwurf über den Reichswirtschaftsrat bereits am 15. Januar auf die Tagesordnung des Reichsrats gesetzt werde. Zunächst standen allerdings noch preussische Anträge aus, er würde aber vorschlagen, daß der Reichslanzler ersucht wird, deswegen mit Preußen in Verbindung zu treten. Der Wunsch des Ministers noch fand im Reichsrat allseitige Unterstützung.

* Wie die „Deutsche Wlt. Ztg.“ erzählt, ist für die Veranlagung zum Reichsnotopfer nicht der kürzlich veröffentlichte Steuerfursatz zu den Kriegsabgaben maßgebend; es wird vielmehr ein besonderer Steuerfursatz nach dem Stande vom 31. Dezember 1919 vordereit. Ein entsprechendes Ergehen ist bereits an die Vörsenbörse ergangen. Die vorläufige Festsetzung der Kurse wird nicht vor Ende Februar erfolgen, und wie bei dem Steuerfursatz für die Kriegsabgaben wird auch dieser erst einen Monat später endgültig durch den Reichsrat festgesetzt werden. Für die Wertermittlung werden nicht unbedingt die Börsenkurse vom 31. Dezember 1919 angenommen. Die Ermittlung erfolgt vielmehr nach dem inneren Wert unter Ausschaltung spekulativer Momente. Mit der Abgabe der Steuererklärung zum Reichsnotopfer kann voraussichtlich nicht vor April oder Mai b. J. gerechnet werden.

Deutschland und Holland.

Sauerwein, der Auslandsredakteur des „Matin“, beschäftigt sich vom Haag aus mit der Frage, ob, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte, Holland seine Unabhängigkeit hätte beibehalten können. Um nun Holland zu beweisen, welche Dankbarkeit es den Armeen der Entente schulde, zitiert Sauerwein eine Reihe aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen deutscher Militärs, Staatsmänner und Schriftsteller. Sauerwein erklärt, der Sieg der Entente habe Holland die

Unabhängigkeit der Unabhängigkeit gebracht. Der Sieg des Deutschen Reichs hätte ihm uneingeschränkt: Unterwerfung, wenn nicht Schlimmeres gebracht. Er sei mehr als erstaunt, daß die Holländer so blindundankbar seien, das zu befehlen.

Aus Italien.

Der Empfang, der dem Ministerpräsidenten Ritti in Paris und London bereitet wurde, hat die durch die Enthüllungen des Prinzen Sixtus vorübergehend entstandene Verstimmung wieder zerstreut. Man ist allgemein davon überzeugt, daß die Reise des Ministerpräsidenten dazu beitragen werde, auch das letzte Mißverständnis zu beseitigen. Der Abgeordnete Berione, der mit Ritti reist, richtete an die „Gazette del Popolo“ ein Schreiben, das großes Aufsehen hervorruft. Er führte darin aus, daß angesichts des Verhaltens der Vereinigten Staaten Frankreich vor allem danach trachten müsse, ein Verteidigungssystem zu schaffen, welches das ursprünglich geplante und durch die Haltung des amerikanischen Senats nunmehr gefährdete System wirksam ersetze. Die Berione hervorhebt, könnte Italien b. i. je weiligen neuen Kombinationen eine hervorragende Stellung einnehmen, indem es gemeinsam mit Frankreich die Wahrung der Interessen der beiden Länder im Orient sichern würde. Inbetracht des Fiume-Problems bemerkt Berione, daß die besten Absichten der Alliierten an der unangenehmigen Haltung Wilsons scheitern müßten.

Die neuen Steuern.

Die „Voss. Ztg.“ veröffentlicht die Grundzüge der Gesetzesentwürfe über die Ergänzungssteuern und die Besteuerung des außerordentlichen Verbrauchs.

Nach dem ersten ist steuerbar der Teil des Einkommens, der nicht verbraucht ist und der Teil der Einkünfte oder des Vermögens, der dem außerordentlichen zugeführt ist. Steuerpflichtig ist der den Betrag von 1000 Mark übersteigende Teil des Einkommens, der nicht verbraucht ist. Der steuerfreie Teil erhöht sich für die erste zur Festsetzung des Steuerpflichtigen zählenden Person um 500 Mark, für jede weitere Person um 300 Mark. Die Ergänzungssteuer beträgt für die ersten 10 000 Mark 1 v. H., für die nächsten 10 000 Mark 2 v. H., für 30 000 Mark 3 v. H. und steigt entsprechend bis zu Beträgen von 100 000 Mark auf 10 v. H.

Als außerordentlicher Verbrauch für die Besteuerung gilt der Unterschied zwischen dem Gesamtverbrauch und der Summe der Beiträge, die als Aufwendungen zum ordentlichen Verbrauch anzusehen sind. Gesamtverbrauch sind: Das gesamte veranlagte Einkommen und alles, was aus dem Vermögen verbraucht oder zu Ausgaben und sonstigen unentgeltlichen Vermögensübergaben oder zur Ansparung von Gegenständen entnommen ist, die für die Ergänzungssteuer nicht berücksichtigt werden. Als Aufwendungen für den ordentlichen Verbrauch gelten: Der Betrag von 15 000 Mark, der sich für die erste zur Haushaltung zählende Person um 5000 Mark, für jede weitere um 2500 Mark erhöht, ferner 10 v. H. des veranlagten Einkommens und seiner Beiträge, die zur Deckung unvermeidlicher Mehrausgaben aufgewendet sind. Die Steuer für den außerordentlichen Verbrauch beträgt für die ersten 10 000 Mark 3 v. H., für die nächsten 20 000 Mark 6 v. H., für die nächsten 30 000 Mark 9 v. H. und steigt entsprechend weiter bis zu Beträgen von 100 000 Mark auf 30 v. H.

Das Reichseinkommensteuergesetz soll ergänzt werden durch das Körperschaftsteuergesetz, das die Einkommensteuer der juristischen Personen regeln soll.

Die Kaiserbriefe.

Der Allianzgedanke.

Die „Voss. Ztg.“ veröffentlicht aus der Reihe der Kaiserbriefe an den Zaren ein Schreiben Kaiser Wilhelms gegen Ende 1904 als Begleitbrief zu dem Entwurf eines formellen Bündnisvertrages zwischen Deutschland und Rußland. Ferner veröffentlicht das Blatt zwei Entwürfe zu diesem Vertrage, von denen der eine vom Zaren, der andere vom Kaiser unterzeichnet worden ist. In dem Vertragsentwurf des Zaren wird der Vertrag als ein Defensivbündnis zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa bezeichnet. Auch der Entwurf des Kaisers sieht ein Defensivbündnis vor, das allein zur Verteidigung des russisch-japanischen Krieges dienen sollte. Gehehert ist das Bündnis infolge eines aus einem anderen Briefe des Kaisers ersichtlichen Meinungsverschiedenheit. Der Zar beharrte nämlich auf der Forderung, daß er den Abschluß dieses Bündnisses seinem bisherigen Verbündeten, Frankreich mitteilen müsse. Kaiser Wilhelm aber habe diese Forderung abgelehnt.

Der Entwurf des Zaren:

Ihre Majestäten der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser haben zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa folgende Artikel eines Defensivbündnisses vereinbart:

Art. 1. Falls eines der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Land und zur See ihm beistehen. Seine Majestät der Kaiser aller Reußen wird die notwendigen Schritte unternehmen, um Frankreich in diese Abmachungen einzuweihen und es verpflichtet, sich als Verbündeter anzuschließen.

Art. 2. Die hohen vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, keinen Separatfrieden mit irgend einem gemeinsamen Feinde abzuschließen.

Art. 3. Der gegenwärtige Vertrag bleibt in Kraft, solange er nicht ein Jahr voraus gekündigt wird.

Geheimartikel. Die hohen vertragsschließenden Parteien sind gehalten, gemeinsame Sache zu machen, falls Handlungen, die während des Krieges vollzogen worden sind, wie z. B. die Lieferung von Rohstoffen an einen der Kriegführenden, Reklamationen einer dritten Macht veranlassen sollten, also angebliche Verletzung des Neutralitätsrechts.

Aus dem Wortlaut des Art. 1 ergibt sich, daß das Deutsche Reich an keiner Aktion, wie immer, teilnehmen wird, die eine feindselige Tendenz gegen Rußland enthalten sollte.

Der Entwurf des Kaisers.

Ihre Majestäten der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser haben, um den russisch-japanischen Krieg möglichst zu lokalisieren, folgende Artikel eines Defensivbündnisses vereinbart:

Art. 1. Falls eines der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird

sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Land und zur See ihm beistehen. Vorkommendfalls werden die beiden Verbündeten ebenso gemeinsame Sache machen, um Frankreich zur Beachtung der Verbindlichkeiten aufzufordern, die es nach dem Wortlaut des französisch-russischen Bündnisvertrages übernommen hat.

Art. 2. Die beiden Parteien verpflichten sich, keinen Separatfrieden mit irgend einem gemeinsamen Feinde zu schließen.

Art. 3. Die Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung wird auch notwendig in dem Falle, als Handlungen, die von einer der beiden hohen vertragsschließenden Parteien während des Krieges vollzogen worden sind, wie z. B. die Lieferung von Rohstoffen an einen der Kriegführenden, Reklamationen seitens einer dritten Macht veranlassen sollten, also angebliche Verletzungen des Neutralitätsrechts.

Auf Grund von Mitteilungen, die der russische Freund den verbündeten, die zur Zeit Krensis aus Moskau geschickten waren, meldet der Berliner Berichterstatter des „Allgemeinen Handelsblatt“, daß diese Briefe schon während des Krieges, und zwar unter der Herrschaft Krensis, in einer in Moskau erscheinenden Zeitschrift veröffentlicht worden waren, wovon anscheinend keine Exemplare nach Mitteleuropa gelangt waren. Gewandte Geschäftsleute hätten daraufhin sich einige Nummern der Zeitschrift zu verschaffen gewußt und vor einigen Monaten deren Inhalt europäischen Zeitungen angeboten.

Das besetzte Gebiet.

Mainz, 10. Jan. (Die Birkensfelder Anzeiger.) Das „Echo du Rhin“ bringt folgende Mitteilung: Die preussische Regierung habe durch Vermittlung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz beim kommandierenden General der französischen Divisionen, General Degoutte, um die Ermächtigung nachgesucht, durch preussische Beamte das von den französischen Truppen besetzte unabhängige Juristentum Virensfeld verwalteten zu lassen, um seine Annexion an Preußen vorzutreiben. Ein Teil der Beamten magte danach richterliche Abstammung sein, aber die oberen Beamten wurden wahrscheinlich preuzen sein. Die französische Regierung des durch General Degoutte antwortet, daß ihres Erachtens das in Aussicht genommene Regime nicht der Verfassung des Deutschen Reiches entspreche und die militärischen Verwaltungsbehörden nur mit den regulären Verwaltungsvorgängen der besetzten Gebiete in Verbindung treten dürften.

Saarbrücken, 10. Jan. (Schieberlager.) In der Nähe des Bahnhofes Vrebach wurde gestern auf Veranlassung des hiesigen Sondergerichts in einem dort heimlich eingerichteten Lager für etwa 1 1/2 Millionen Mark befestigtes Sachverhalt veranlagte. Dieselben waren aus Speyer hierher gekommen und zu einem bisher noch nicht ermittelten Zweck aufgespeichert. Desgleichen beschlagnahmte das Sondergericht in einem Lager in der St. Johannerstraße Eisenstücke, die einen Wert von etwa 1 Million Mark darstellten. Auch über deren zufällige Verwendung herrscht noch Dunkelheit.

Koblenz, 10. Jan. (Die Erhebung des Goldzoll.) Der Oberste Rat der Militrien in Paris hat bekanntlich seine Genehmigung dazu erteilt, daß vom 1. Jan. d. J. ab der Goldzoll durch Deutschland wieder erhoben werde. Der praktische Durchführung dieser Erlubnis waren gleichwohl noch Schwierigkeiten in den Weg getreten, weil die Anordnungen tatsächlich erst dann in Kraft treten konnten, wenn die Befehlshaber der einzelnen Besatzungsheere die Genehmigung dazu erteilt hatten. Diese Genehmigung war bisher nicht erfolgt. Die internationalisierte Kommission in Koblenz hat nunmehr dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete die Mitteilung gemacht, daß der Erhebung des Goldzoll seine Bedenken entgegenzusetzen würden und daß sie davon die Befehlshaber der Besatzungsheere verständigte. Es ist nunmehr anzunehmen, daß in den einzelnen Heeresbezirken Anordnungen erlassen werden oder schon erlassen sind, die endlich eine Ausführung d. r. in Paris erteilten Erlubnis ermöglichen werden.

Die Rückkehr des Friedens.

Der Friede ist durch die Auswechslung der Ratifikationsurkunden endlich zur Tatsache geworden. Im deutschen Volke wird durch dieses Ereignis keine allzu große Freude geweckt; denn abgesehen davon, daß die fortgesetzte Hinauszögerung eine gewisse Abgestumpftheit erzeugt hat, ist die Freude an dem Vollzug des Austauschbenediktens dadurch vergrößert, daß mit dem Augenblick des Inkrafttretens des Friedens auch die Erfüllung der Erfüllung der strengen Friedensbedingungen in Wirklichkeit tritt.

Verschieden werden die Empfindungen im besetzten und unbesetzten Gebiet sein, wo sich eine unmittelbare Wirkung nicht feststellen läßt. Ein Sturm widerstreitender Gefühle überwallt jedes deutsche Gemüt. In Gedanken mag mancher noch einmal den weiten Weg vom 2. August 1914 bis heute durchrechnen. Es ist ein Leidensweg, an dessen Rand zahllose Missetaten stehen, die in der Weltgeschichte als gewaltige Ereignisse verzeichnet werden. Mit verschiedenen Empfindungen nimmt die Nachricht der ehemaligen Soldat und Kriegsteilnehmer, der selbst sein Blut vergossen hat, anders die Frau, die den Gatten, die Mutter die den Sohn verloren hat. Keine Freude wird die Nachricht bei allen wecken, die Angehörige in Kriegsgefangenschaft haben. Für diese schlägt jetzt die Stunde der Erlösung und dazu beglückwünschen wir von Herzen unsere deutschen Söhne und Brüder, beglückwünschen wir die Gattinnen, die nunmehr das Familienhaupt, die Kinder, die den Vater, die Eltern, die den Sohn bald wiedersehen.

Es liegt uns, nachdem die Waffen mehr als ein Jahr ruhen, schon unendlich fern, Kriegserinnerungen zu wecken; aber die Frage der Schuld am Kriege wird noch oft auftauchen und mit dem Vollzug des Schlussprotokolls wird auch die Auslieferung von Kriegsteilnehmern von uns verlangt, da ihnen die Verbandsmächte eine im Krieg begangene Schuld beimeßen. Wie groß die Zahl ist und die Namen der Geforderten, darüber muß man ja nun bald näheres erfahren.

Wie anders kommt der Friede, als man ihn während der langen, bangen Jahre herbeigesehnt hatte? Manche hofften auf eine plötzliche frohe Friedensbotschaft, Bgernd und schleppend, wie der Krieg vorbeizog, ist auch der Friede gekommen. Warum er keine rechte Freude bei uns weckt. Wir deuteten schon einen der

Gründe an, aber der Hauptgrund ist, daß er in eine Zeit fällt, in der uns die Luft zum Halse steigt, in der das Hungergepöhl allenthalben sichtbar wird und eine solche maßlose Forderung herrscht, wie die Welt dergleichen noch nicht gesehen hat. Wir können nicht mit Schiller den Frieden mit dem stehlichen Knaben am ruhigen Bach vergleichen. Solange der äußere Friede mit dem inneren nicht gepaart ist, kann von Schönheit nicht die Rede sein. Das weiß jeder, der einen Blick auf unser armes Vaterland wirft und dabei inne wird, wie es durch Kämpfe und wirtschaftliche Streitigkeiten zerrissen wird. In tönenden Worten dem Schmerz Luft zu machen, hat wenig Zweck. Nur die Pflichterfüllung und eiserner Fleiß können uns helfen. Gehen wir diesen dornenbesetzten Weg der Pflicht, dann brauchen wir immer noch nicht zu verzweifeln.

Aber trotz alledem müssen wir froh und dankbar sein, daß die letzte Etappe des grausamen Krieges erreicht ist. Und so wollen wir mit frischem Mut und mit Gottes Hilfe an den Wiederaufbau unseres zusammengefallenen Hauses herangehen. Es kommen auch wieder bessere Tage...

Von Nah und Fern.

Wir bitten, um die rechtzeitige Herausgabe des Nassauer Anzeigers zu gewährleisten, größere Inserate und längere Berichte uns am Tage vor dem Erscheinen bis mittags 3 Uhr, alle anderen Inserate am Erscheinungstage bis morgens 8 Uhr einzulegen. Später eingelangte Inserate werden bis zur nächsten Nummer zurückgestellt. Nur in dringenden Fällen kann eine Ausnahme stattfinden.

* Nassau, 12. Jan. Durch die anhaltenden Regenfälle in den letzten Tagen führt die Lahn wieder erneut Hochwasser. Diefelbe ist seit heute Nacht um mehr als 4 Meter gestiegen und hat den unteren Stadteil überschwemmt. Die Lahn steigt weiter.

* Nassau, 12. Januar. Folgendes Hochwasser-Telegramm ist am 12. Januar vormittags 9 Uhr beim Bürgermeisterrat Nassau eingegangen.

Diez 600 steigt langsam

Gestern:

Marburg 236 steigt

Dillenburg 428 steigt

Wehlar 423 steigt

Diez 398 steigt stark

* Nassau, 12. Jan. Auf die heute abend im Hotel zur Krone stattfindende Versammlung der Demokratischen Partei, Ortsgruppe Nassau, machen wir besonders aufmerksam.

Nassau, 9. Jan. Die auf gestern nachmittag einberufene Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei hatte trotz des schlechten Wetters viele Teilnehmer aus allen Kreisen der Bevölkerung, von allen Parteien, aus Stadt und Land angezogen, jedoch der Saal der „Bellevue“ voll besetzt war und der Vorsitzende der Ortsgruppe Ems-Nassau und Umgebung Herr Pfarrer Dr. Fresenius kurz nach 5½ Uhr die Versammlung mit Worten der Begrüßung u. des Dankes eröffnen konnte. Er wies darauf hin, daß der da und dort erhobene Vorwurf, die Deutschnatl. Partei habe kein festes Programm, wohl am besten durch die Vorträge widerlegt würden, die die Partei hier veranstaltete und die sich mit den wichtigsten Fragen aus allen Lebensgebieten beschäftigten. Er erteilte sodann dem Hauptredner, Herrn Generalsuperintendenten D. Klingemann, Coblenz, Mitglied der preuß. Landesversammlung, das Wort, der in etwa einstündigen, fesselnden Ausführungen über die bedeutsame Frage: „Kirche und Schule im neuen Staat“ sprach. Der Redner betonte, daß es sich beim Kampfe um diese wichtige Lebensfrage des deutschen Volkes um den Kampf zweier Weltanschauungen handelt, die sich schroff gegenüberstehen; auf der einen Seite stehen die, die für das Bestehen der Kirche und für die Erhaltung des christlichen Geistes und des Religionsunterrichts in der Schule eintreten, auf der anderen Seite die, welche die Kirche und ihre Arbeit offen oder heimlich bekämpfen und der Schule alle christliche Art nehmen wollen. Diese Unterschiede haben sich vor allem deutlich gezeigt, als durch die Umwälzung des Jahres 1918 die Frage der Trennung von Staat und Kirche brennend wurde. Der Vortragende, der sich in seinen Ausführungen im wesentlichen auf die ev. Kirche und dabei auf die preuß. Landeskirche bezog, gab dann die Stellung der verschiedenen polit. Parteien zu der Frage an, die — mit Ausnahme der deutschen Volkspartei — durchweg nicht als entschiedene Vorkämpfer für die Rechte der ev. Kirche und die christliche Schule in Betracht kämen, zum Teil als scharfe Kämpfer dagegen anzusprechen seien, und hob die Schwere der Aufgabe hervor, die deshalb auf der Deutschnatl. Partei liege. Diese trete mit aller Schärfe und Deutlichkeit für Kirche und christl. Schule ein. Das belege er durch eine Fülle praktischer Einzelbeispiele und durch Widerlegung mancher Schlagwörter (Religion ist Privatsache u. s. f.). Der Redner besprach dann die gegenwärtige Lage der ev. Kirche, die sich frei entwickle und ihre zukünftige Gestaltung selbst in die Hand nehmen müsse. Aber daran werde sie gerade jetzt — entgegen den Bestimmungen der neuen Reichsverfassung — vielfach gehindert; so in Preußen, wo die Einberufung der Generalassynode bisher vom Staat noch nicht genehmigt worden sei und die Parteien (z. B. die demokratische Partei) sich in innerkirchliche Fragen einzumischen suchten. Demgegenüber trete die Deutschnatl. Partei für volle Selbstständigkeit der Kirche, für Wahrung ihrer Rechte und für eine friedliche Lösung der Trennungsfrage ein. — Zur Schlussfrage übergehend, besprach der Redner das Schlagwort: Einheitschule, beleuchtete ihre Vorteile u. Nachteile und warnte vor einer Schematisierung und Schablonisierung des Bildungswesens und vor einer Überspannung der Ziele der Volksschule. Zur Behandlung des Verhältnisses von Schule und Kirche übergehend, betonte er, daß die Schule etwas durchaus Selbstständiges sei, das der Aufsicht der Kirche nicht bedürfe. Deshalb sei die Partei auch f. Bt. für Aufhebung der geistlichen Schulinspektion eingetreten. Aber mit aller Kraft müsse dafür gearbeitet werden, daß der rel. Charakter der Schule erhalten werde und der Religionsunterricht Pflichtfach bleibe. Unserer Jugend dürfen die Bildungskräfte der Religion nicht vorenthalten werden und sie muß in Zucht, Ordnung, Ehrfurcht und Gehorsam erzogen werden. Dazu bedarf es aber rel. Beeinflussung. Hier müssen die demnachst zu wählenden Elternräte ihren Einfluß geltend machen. Schülerräte und dergleichen „andere“ Errungenschaften sind streng zu verwerfen. Der Redner schloß seine trefflichen, klaren Ausführungen, indem er der Übergangszeit Ausdruck verlieh, unser Volk und unser Staat werde sich wieder aus dem Fall erheben, wenn die rel. Kräfte in ihnen sich ungehindert entfalten können und wenn Kirche und Schule, wie bisher, in gutem Einvernehmen an der gleichen, hohen Aufgabe wirken.

Dem Vortrag folgte starker Beifall, den der Vorsitzende dem Redner noch besonders aussprach. Die Aussprache wurde von einem auswärtigen sozialdemokratischen Redner leider dazu mißbraucht eine langatmige, von aufhegenden Schlagworten, Vorwürfen und Beleidigungen gegen alle Andersdenkenden strotzende Agitationsrede zu halten. Dadurch wurde die sachliche Aussprache nur gestört und Erregung und Unwillen in die Versammlung gebracht, die sich manchmal laut Luft machten. Es sprachen noch je ein Vertreter der Zentrums- und der Deutschen Volkspartei, die zum Teil, ebenso wie der Vortragende, jene Vorwürfe kurz und treffend zurückwiesen. Nach 8 Uhr konnte der Vorsitzende die Versammlung mit Worten des Dankes für den Redner des Abends und die Zuhörer schließen. Er bat diese, zu Hause noch einmal in aller Ruhe die Ausführungen des Vortragenden mit denen des sozialdemokr. Diskussionsredners zu vergleichen und daraufhin ihr Urteil zu fällen, bei welcher Partei Sachlichkeit und bei welcher Unfachlichkeit zu finden sei. Die Deutschnatl. Partei brauche das Urteil gewiß nicht zu scheuen. Die Unentschiedenen und Launen aber möchten sich nun entscheiden und sich für oder wider erklären. Er bedauerte, daß durch diesen Gang der Aussprache die eigentlichen Sachverständigen in den behandelten Fragen nicht zu Worte gekommen und deshalb die Anregungen des Vortrags nicht fruchtbarer gemacht worden seien. Vielleicht biete sich dazu ein andermal Gelegenheit. Zuletzt bat er noch, künftighin der Aussprache der polit. Parteien Ruhe und Sachlichkeit zu wahren und betonte, die Versammlungen der Deutschnatl. Partei dienten lediglich der Aufklärung über brennende Fragen des öffentlichen Lebens. Wohl werde sie damit für die deutsche und nationale Sache, aber „Stimmenfang“ brauche sie nicht zu betreiben. Ihre Sache werde sich schon von selbst durchsetzen. Damit war die Versammlung beendet, deren Hauptvortrag gewiß jedem Zuhörer viel Anregung und Belehrung geboten hat.

Nassau, 11. Januar. Bei dem heute in Bad Ems stattgefundenen Wettschreiben haben folgende Mitglieder unseres Nassauer Stenographenvereins „Gabelsberger“ Preise errungen: Abteilung 260 Silben: Christian Schmidt-Schweighäusermühle 1. und Ehrenpreis. Abteilung 200 Silben: 1. und Ehrenpreis: Karl Schaab-Scheuern. Abteilung 160 Silben: 1. und Ehrenpreis: Eduard Moser, einen 1. Preis Wilh. Schüler. Abteilung 140 Silben: 1. und Ehrenpreis Hans Müller, einen 1. Preis: Fr. Mina Nau-rath. Abteilung 120 Silben: 1. und Ehrenpreis: Hans Moser. 1. Preise: Karl Pape, Robert Wilhelm. 2. Preise: Adolf Bingel, Fr. Ibi Jk. Abteilung 80 Silben 1. u. Ehrenpreis Fr. Hilda Müller, einen 1. Preis Fr. Lina Künzler. Abteilung 60 Silben einen 2. Preis: Emil Zimmer-schied, lobende Erwähnungen: Otto Breßler u. Robert Paul. Im Schö-n- und Richtig-Schreiben wurden ausgezeichnet mit dem 1. und Ehrenpreis: Adolf Bingel; mit 1. Preisen Eduard Moser, Christian Schmidt-Schweighäuser-Mühle, mit 2. Preisen: Wilh. Schüler, Karl-Schaab-Scheuern, Hans Müller und einem 3. Preis: Fr. Hilda Müller. Hiermit hat unser Verein wieder eine Glanzleistung erzielt. Möge es ihm vergönnt sein, im neuen Jahre noch mehr solcher herrlichen Erfolge zu erringen, und weitere Kreise unserer Stadt für Gabelsbergers schöne Kunst zu gewinnen.

* Nassau, 10. Janar. Der Sozialdemokratische Verein Nassau gedenkt für seine Mitglieder und Freunde mit ihren Familien eine Neujahrsfeier am Sonntag, den 18. Januar, im Saale des Hotels „Bellevue“ zu veranstalten. Neben einer Theaterveranstaltung sollen Vieder zur Gaute, Solologänge, Rezitationen der Arbeiter- und Bürgerschaft einen schönen Genuß bieten. Eine Christbaumverlosung mit wertvollen praktischen Gegenständen, darunter lebenden Kleintieren, ist auch geplant. Ein flotter Ball mit guter Orchesterbegleitung wird den Abend zu Ende führen. Zu dieser Feier werden alle Freunde und Gönner in Stadt und Land herzlich eingeladen. Etwaige Stiftungen zur Verlosung bittet man den Vorstandsmitgliedern zu übergeben oder werden abgeholt.

* Schweighausen, 8. Jan. Am verflossenen Sonntag fanden hier die kirchlichen Wahlen statt. Zu wählen waren 2 Kirchenvorsteher und 6 Gemeindevorsteher. Insgesamt hatten sich 12 Wahlberechtigte eingefunden, welche dann die Wahlen auch tätigten. — Wie in vielen anderen Orten, so verlangen auch hier die Holzhauer einen höheren Lohn als in dem Altkord vereinbart war. 20 Mark Hauerlohn werden pro Klasten bezahlt, 28 Mark werden jetzt verlangt.

* Schweighausen, 12. Jan. Im Erholungsheim veranstaltete der Turnverein Dachsenhausen gestern einen Theaterabend mit darauffolgendem Tanzkränzchen.

* Dienethal, 8. Jan. Unser Bürgermeister Schäfer, welcher schon 15 Jahre hier seines Amtes waltet, hat aus Gesundheitsrücksichten einen vierwöchentlichen Urlaub erbeten und von der Verwaltungsbehörde bewilligt erhalten. Die Geschäfte des Bürgermeisters vertritt während dieser Zeit der Schöffe Müller August Pfoff. Zu einer Neuwahl des Bürgermeisters ist es hier noch nicht gekommen. Vorläufig ist nur die Gemeindevertretung gewählt worden. Alle Mitglieder dieser Körperschaft gehören der Arbeiterpartei an, die Gegenpartei, welcher größtenteils Landwirte angehören, hatte ihren Wahlvorschlag zu spät eingereicht. Eine Einigung beider Parteien wurde zwar versucht kam aber nicht zustande. — Infolge des Kohlenmangels macht sich auch hier ein scharfes Anziehen der Holzpreise bemerkbar. Da der größte Teil der Ortsbewohner aus werktätigen Leuten besteht u. sich die Teuerung aller Lebensmittel und Bekleidungsstoffe für kinderreiche Familien recht unliebsam fühlbar macht, beschloß die Gemeindevertretung, jedem Haushaltungsvorstand aus der zur Fällung kommenden Brennholzmenge 2 Klasten Brennholz zum Preise von 40 Mark für das Klasten durch Auslosung zu überweisen. Der noch übrige Teil des Brennholzes wurde von einem Holzhändler erstanden. Es wurde ein hoher Preis bezahlt. Diese schöne Einnahme ist der armen Gemeinde wohl zu gönnen.

Vereinsnachrichten.

Stenogr. Verein „Gabelsberger“. Montag abend Fortbildungskursus fällt aus. Lehrgang für ältere Personen pünktlich um 8 Uhr (Leiter Herr Chr. Schmidt).

M. G. B. „Liederkränz“. Mittwoch abend 8½ Uhr Gesangstunde im Vereinslokal. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Rolländ. Vollheringe

empfehl

J. W. Kuhn, Nassau.

REIS

erhältlich bei

J. W. Kuhn, Nassau.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß gemäß Beschlusses des Landesausschusses des Regierungsbezirks Wiesbaden für das Rechnungsjahr 1919/20 von den betragspflichtigen Tierbesitzern an Beiträgen zu erheben sind:

- a. zum Pferdeentschädigungsfonds 1 M. für jedes Pferd, Esel, Maultier und Maulesel.
- b. zum Rindviehentschädigungsfonds 80 Pfg. für jedes Stück Rindvieh.

Die diesjährigen Viehbestandsverzeichnisse der Stadtgemeinde Nassau liegen vom 12. bis 26. Januar 1920 zur Einsicht der Beteiligten im hiesigen Rathause offen.

Etwaige Einwendungen gegen die Richtigkeit der Verzeichnisse sind während der angegebenen Offenlegungsfrist hier vorzubringen.

Nassau, den 10. Januar 1920.

Der Magistrat:
H. J. J. J. J.

Bekanntmachung.

Für die Neujahrsglückwunschkablung gingen 53 Mark ein.

Von dem Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises Herrn Major Chatras in Diez gingen für den gleichen Zweck nachträglich 100 Mark ein.

Herzlichen Dank allen Gebern!

Nassau, den 9. Januar 1920.

Namens der Armenverwaltung:
H. J. J. J. J., Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Von der oberen Lahn wird schnelles und erhebliches Steigen der Lahn amtlich gemeldet.

Zur Vorbereitung von Bergungsarbeiten wird dies bekanntgegeben.

Nassau, den 12. Januar 1920.

Der Bürgermeister: H. J. J. J.

Nachrichten des Wirtschaftsamt der Stadt Nassau.

Schmalz.

In den Mehgereien K. Blank Ww., Sch. Paulus, Jfr. Lindheimer, P. Hammerstein und A. Steuber wird am 13. und 14. Januar auf Abshn. 12 der Lebensmittelkarte ¼ Pfund Schmalz ausgegeben. Preis M. 13,50 pro Pfund. Papier mitbringen.

Umtausch der Zuckerkarten.

Die neuen vom 1. Februar an gültigen Zuckerkarten werden am Dienstag, den 13. Jan., vormittags von 8–12 Uhr und nachmittags von 2–4 Uhr im Rathause ausgegeben.

Zuckerkarten.

Der Bestellschein der am 13. Januar zur Ausgabe kommenden Zuckerkarten für die Monate Februar, März und April muß bis zum 15. Jan. in den Geschäften abgegeben werden.

Zucker.

Gegen Nummerabschnitt 3 d. Zuckerkarte können in sämtlichen Kolonialwarengeschäften 600 Gramm Zucker oder Rands entnommen werden.

Stammholzversteigerung.

Die Gemeinde Bergnassau-Scheuern verkauft im Distrikt „Heideberg“

ca. 130 Festm. Kiefern 3. u. 4. Kl.

Schriftliche Angebote, die den Vermerk tragen, daß sich Käufer den allgemeinen Holzverkaufsbedingungen unterwirft, werden bis zum 21. Januar 1920, mittags 2 Uhr, vom Bürgermeisteramt entgegengenommen. Förster Stoll in Nassau (Lahn) zeigt auf Verlangen das Holz. Zuschlagsfrist 6 Tage. Verladestation Nassau (Lahn), ca. 2 Km. entfernt.

Der Bürgermeister: K. a. u.

Infolge des Bierpreis-Auffchlages und erhöhter Kosten sehen sich die Wirte veranlaßt, den Verkaufspreis vom 12. Januar ab zu erhöhen und zwar die 2/10 Liter auf 40 Pfg., 3/10 Liter auf 55 Pfg. und die 4/10 Liter auf 70 Pfennig.

Die vereinigten Wirte von Nassau.

Deutsche Demokratische Partei,

Ortsgruppe Nassau.

Heute Montag, den 12. Januar, abends 8 Uhr findet im Gasthaus „Zur Krone“ in Nassau eine Mitgliederversammlung statt.

Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes.

Kreistagswahl.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden sämtliche Mitglieder und Anhänger der Partei dringend eingeladen.

Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein Nassau.

Vereinsmitglieder, Freunde und Gönner, die beabsichtigen, dem Verein Geschenke zur Neujahrsverlosung zukommen lassen zu wollen, bitten wir freundlichst, dem Vorsitzenden Louis Busch, Obernhofstraße, oder anderen Vorstandsmitgliedern Nachricht zu geben.

Der Vorstand.

Vermischtes.

Ein kostbares Lieberbuch. Sage niemand, daß im Geld- und Bankwesen keine Poesie zu finden sei. Im Jahre 1886 gab die Wülfenburger Landesbank Banknoten im Betrage von 10 Tälern heraus, die die besondere Aufmerksamkeit der Zeitgenossen erregten. Die einzelnen Scheine waren nämlich mit Versen aus Volksliedern und bekannten Sprüchen geziert und zwar in der Weise, daß immer eine gewisse Serie den ganzen Satz bildete. Da fanden sich erbauliche Sprüche, wie „Wer niemals einen Rausch gehabt, der ist kein ganzer Mann“ oder „Wer nicht liebt Wein, Weib, Gesang, bleibt ein Narr sein Leben lang.“ Da alle Noten der Bank derartig gezeichnet waren, so bildeten sie in ihrer Gesamtheit wohl das wunderbarste und kostbarste Spruch- und Lieberbuch der Welt. Erwähnenswert ist noch, daß diese poetische Verzierung der Banknoten eine handschriftliche war. Wie der Chronist geheimnisvoll andeutet, stammte sie von der Hand des Landesfürsten, der den kuriosen Einfall gehabt hatte, auf diese Weise Poesie ins Volk zu tragen.

Was Friseur verdienen. In Wien drohen die Friseur mit Streik. Sie verlangen ein auskömmliches Einkommen. Was darunter zu verstehen ist, geht aus einer Mitteilung der „Akademie zur Pflege der Friseurkunst“ hervor. Danach verdienen Gehilfen erster Kategorie schon jetzt über 800 Kronen, Gehilfen zweiter Kategorie 1400 Kronen und die Gehilfen dritter Kategorie verfügen über ein fürstliches Einkommen von monatlich 3000 bis 4000 Kronen, das wären jährlich 36 000 bis 48 000 Kronen. So ergibt sich die für österreichische Verhältnisse eigentlich nicht mehr verwunderliche Tatsache, daß die Kunst der Haarfräse mit ihren Bezügen, die Trinkgelder und Prozente vom Verkauf eingerechnet, das Einkommen eines hohen Staatsbeamten weit in den Schatten stellen.

Blümerant. Wenn wir davon sprechen, daß einem nicht ganz wohl bei einer Sache sei, dann sagen wir wohl auch, ihm sei „blümerant“ zumute. Die meisten denken wohl unwillkürlich, daß hänge mit Blumen irgendwie zusammen oder sei mindestens verwandt mit dem Ausdruck „unverblümt“ oder dergleichen. Das ist jedoch nicht der Fall. Blümerant, — nebenbei bemerkt, ein kaum schönes Wort, — ist ein arg verstümmeltes Fremdwort. Ursprünglich hieß es bleu-moutant, was zu deutsch wörtlich heißt „blau-herdend“, mit anderen Worten, das Gesicht eines Menschen ist so blau wie das eines Erbverderben oder, wie wir gewöhnlich zu sagen pflegen, ist leichenblau. So erklärt sich dann auch die Bedeutung des Wortes, das sich im Sprachgebrauch allmählich so abgewandelt hat. Keltische Schriftsteller schreiben wohl auch noch „blümerant“, was der ursprünglichen Schreibweise näher kommt.

Das Jahr 1920 ist bekanntlich ein Schaltjahr und hat 366 Tage. Ohiern ist am 4. und 5. April und Pfingsten fällt auf den 23. und 24. Mai. Weihnachten besteht uns dieses Jahr nur einen Feiertage, weil der 25. Dezember ein Samstag ist und der zweite Weihnachtstag auf einen Sonntag fällt. Eine besondere Eigentümlichkeit weist der Februar auf, der uns mit seinen 29 Tagen nicht weniger wie fünf Sonntage bringt. Das war seit dem Jahre 1888 nicht mehr der Fall.

Zur Vermittlungsforschung. Zur Förderung der Vermittlungsforschung werden alle aus der Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrten, die die Vermittlungsforschung erhalten haben, gebeten, im Interesse ihrer Kameraden und ihrer Angehörigen diese Liste, die sie nicht mehr brauchen, dem Zentralnachweisamt für Kriegsverluste und Kriegergräber, Berlin, Nordost 7, Dorotheenstraße 48, umgehend zu übersenden. Die Listen werden hier dringend benötigt. Jeder einzelne heimgekehrte Gefangene wird gebeten, die kleine Mühe zur Rücksendung nicht zu scheuen. Jeder hilft damit am allgemeinen Werk, den Verbleib der vermischten Kameraden festzustellen.

Die Buchführung der Steuerpflichtigen. Die Reichsabgabenordnung liegt jetzt im Wortlaut mit einer Verordnung zu ihrer Einführung vor. Von den 463 Paragraphen des umfangreichen Gesetzes sind für die Steuerpflichtigen von besonderer Bedeutung die scharfen Vorschriften für die Art Bücher zu führen oder Aufzeichnungen zu machen, wie sie die einzelnen Steuergesetze vorschreiben. Das Finanzamt kann prüfen, ob die Bücher und Aufzeichnungen fortlaufend, vollständig und formell und sachlich richtig geführt werden. Auch wer nicht verpflichtet ist, Buch zu führen, soll, wenn er ein Einkommen von mehr als 10 000 Mark versteuert, seine Einnahmen fortlaufend aufzeichnen. Niemand darf auf einem falschen oder erdichteten Namen ein Konto errichten oder Buchungen vornehmen lassen, Verfassungen hinterlegen oder verpfänden oder sich ein Schließfach geben lassen. Das Verbot gilt auch für den eigenen Geschäftsbesitz. Wird ein Konto, die Annahme von Verfassungen oder ein Schließfach beantragt, so hat sich die Bank, die Sparkasse oder wer sonst über die Person des Verfassungsverpflichteten zu verweisen. Sein Vor- und Zuname und Wohnung sind einzutragen, bei Frauen auch der Mädchennamen. Anträgen, die für Sammlungen oder dergleichen gestellt werden, ist nur zu entsprechen, wenn bestimmte natürliche oder juristische Personen als verfügungsberechtigt bezeichnet werden. Der Hausbesitzer muß die Bewohner, der Haushaltungsvorstand seine Angehörigen auf Verlangen dem Finanzamt angeben.

Bekanntmachung.

Nach Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Oktober 1919 (Gesetzl. S. 163) zur Ergänzung der Gesetze, betreffend die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1919, vom 1. April und 4. Juni 1919 (Gesetzsammlung S. 59 und 89) tritt zu den gem. § 3 des erwähnten Gesetzes vom 1. April 1919 zu erhebenden Zuschlägen zur Ergänzungsteuer vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920 ein Zuschlag von 100 Prozent.

Die Steuerpflichtigen werden hiervon mit dem Bemerkungen in Kenntnis gesetzt, daß die Erhebung des Zuschlages gleichzeitig mit der Erhebung der veranlagten Einkommen- und Ergänzungsteuerbeträge erfolgen wird.

Dies, den 2. Januar 1920.

Das Staatssteueramt.
J. B. Scheuern.

Bekanntmachung.

Infolge der hohen Preise für altes Eisen und Almetalle sind in letzter Zeit mehrfach Diebstähle hier vorgekommen. Es wird darauf hingewiesen, daß zur Vermeidung weiterer Verletzungen die Althändler angewiesen worden sind, Altmaterial von Personen unter 14 Jahren nicht anzukaufen, von anderen Personen darf Altmaterial nur angekauft werden wenn die Herkunft einwandfrei feststeht.

Nassau, den 6. Januar 1920.

Die Polizeiverwaltung:
Hajenclewer.

Durchaus erfahrener **Heizer** gesucht, un-
verh., eogl.
Meldg. mit Zeugn. und Gehaltsansprüchen bei vollständig freier Station an die **Direktion der Erziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern** b. Nassau-Lahn.

Schäferereigesellschaft Nassau.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß das Zutreiben fremder Schafe zur hiesigen Herde, wegen der im Unterlahnkreise stark aufgetretenen Räude, strengstens untersagt ist. Zuwiderhandelnde werden für etwaige Folge verantwortlich gemacht.

Der Vorsitzende.

Reiner Kautabak

Röllchen N. 1,75 (Vorschrittspreis der Fabriken)

Raucherlust

edler Tabak, 1/4 Pfd. N. 6,25

zu haben im

Zigarrengeschäft Rud. Degenhardt.

Rein. Schweineeschmalz

— in vorzüglicher Ware —

empfiehlt **J. W. Kuhn, Nassau.**

Gummiwaren

Mutterprützen, Frauentropfen,

sanitäre Frauenartikel.

Anfragen erbeten an

Versandhaus Heusinger.

Dresden 712 :: Am See 37.

Ofenlack

empfiehlt **J. W. Kuhn.**

Ein braves

Mädchen

zum 1. Februar gesucht.

Rink, Emserstr. 33.

Emma Koepp

Ernst Werner

danken bestens für die anlässlich ihrer Verlobung
erwiesenen Aufmerksamkeiten.

Nassau-Lahn, den 10. Januar 1920.

Festhalle Frankfurt a. M.

Art Oberammergauer Passionsfestspiele.

Unter persönlicher Leitung und Mitwirkung der
berühmten Christus- und Judasdarsteller
Gebr. Ad. u. Gg. Fahnacht aus Bayern. 800
Mitwirkende.

Spieltage: vom 24. Januar bis 1. Februar 1920
jeden Abend 7 Uhr.

Außerdem: am 25., 28., 31. Januar und 1. Febr.
auch nachmittags 2 Uhr und abends 7 Uhr. Nach
Schluß der Nachmittagsvorstellungen Anschluß der
Züge nach allen Richtungen.

Vorverkauf der Karten: **Musikalienhandlung
Apelt, Katharinenpforte 1.** Telefon: Hanja
3046, sowie eine Stunde vor Beginn an der Fest-
hallen-Kasse.

Geschäftsstelle der Passionsspiele: Festhalle Frank-
furt a. M.

300 Stück sortierte

Damen-Unterröcke

in allen Preislagen eingetroffen. **Mb. Rosenthal.**

Am Dienstag, den 13. Januar, vormittags von
9-12 Uhr habe ich eine Partie

Hannoveraner Kessel

auf dem Schweinemarktplatz in Nassau zum Verkaufe
stehen.

**Johann Diehl, Schweinehändler, Horresien
bei Montabaur.**

Büro für Gartenaufst.

Düren (Rhld). Kölnerstr. 68, Tel. 713

Inh.: **J. Müller, Diplomgartenmeister
und G. Ficker, Gartenarchitekt.**

**Neuanlagen u. Veränderung
von Nutz- und Ziergärten.**

Lampendochte

für verschiedene Brennergrößen,
Docht für Taschenfeuerzeuge,
empfiehlt

J. W. Kuhn, Nassau.

Bichsalz

empfiehlt

J. W. Kuhn, Nassau.

Gut erhaltene

**vollständige Betten
und Möbel aller Art zu ver-
kaufen. Ems, Malbergstr. 5.**

Fürsten-Tafelsalz

in 1 Pfd.-Paketen zu haben
bei **J. W. Kuhn, Nassau.**

Guterhaltener

Flügel oder Piano

zu kaufen gesucht gegen Kasse.
Angebote mit Preisangabe unt.
N. 20 an die Geschäftsstelle.

Gebrannter Kaffee

== reinschmeckend, stets frisch gebrannt ==

Trombetta's Kaffeemischung

wieder in der alten Qualität (zur Hälfte reinen Kaffee enth.)

empfiehlt **A. Trombetta, Kaffeebrennerei.**

Kursnotiz mitgeteilt von der Nassauischen Landesbank.

%		Geld	Brief	%		Geld	Brief	%		Geld	Brief	Devisen	Geld	Br. ef
4	Nass. Landesbank	98,-	—	4	Frankf. Hyp.-Bank	100,-	—	5	Deutsche Reichsanleihe	77,50	—	Frankreich	—	—
3 1/2	do.	91,50	—	3 1/2	do.	87,-	—	4	do.	63,75	—	Holland	187 3/4	187 3/4
3 1/2	do.	87,50	—	4	Frankf. Hyp.-Cred.verein	98,50	—	3 1/2	do.	58,50	—	Schweiz	880	882
3	do.	79,50	—	3 1/2	do.	84,-	—	2	do.	62,-	—	Schweden	1046 1/2	1048 1/2